

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 24. September 1986
am Donnerstag, dem 25. September 1986

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amling (SPD)	49, 50	Mann (DIE GRÜNEN)	77, 78
Bindig (SPD)	80, 81	Dr. Meyer zu Bentrup (CDU/CSU)	63, 64
Conradi (SPD)	22, 33	Müller (Schweinfurt) (SPD)	37, 38
Daweke (CDU/CSU)	6, 7	Müntefering (SPD)	1, 2
Dörflinger (CDU/CSU)	66, 67	Paterna (SPD)	83, 84
Eigen (CDU/CSU)	42, 43	Pauli (SPD)	88, 89
Funk (CDU/CSU)	39	Pfuhl (SPD)	27, 28
Gansel (SPD)	86, 87	Rusche (DIE GRÜNEN)	82
Grünbeck (FDP)	23	Dr. Schierholz (DIE GRÜNEN)	5
von Hammerstein (CDU/CSU)	40, 41	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	47, 48
Hansen (Hamburg) (SPD)	31, 32	von Schmude (CDU/CSU)	16, 17
Dr. Hupka (CDU/CSU)	10, 11	Schreiner (SPD)	75, 76
Kirschner (SPD)	44, 45	Schulte (Menden) (DIE GRÜNEN)	60, 61
Kißlinger (SPD)	65, 85	Schulze (Berlin) (CDU/CSU)	20, 21
Kohn (FDP)	68	Dr. Soell (SPD)	46, 62
Kroll-Schlüter (CDU/CSU)	51	Stahl (Kempfen) (SPD)	29, 30
Frau Krone-Appuhn (CDU/CSU)	54, 55	Stiegler (SPD)	36, 79
Kuhlwein (SPD)	34, 35	Toetemeyer (SPD)	69, 70
Dr. Kunz (Weiden) (CDU/CSU)	18, 19	Verheugen (SPD)	56, 57
Frau Dr. Lepsius (SPD)	58, 59	Dr. Voigt (Northeim) (CDU/CSU)	14, 15
Lintner (CDU/CSU)	12, 13	Frau Weyel (SPD)	71, 72
Lowack (CDU/CSU)	73, 74	Wilz (CDU/CSU)	52, 53
Lutz (SPD)	25, 26	Dr. de With (SPD)	8, 9
Frau Männle (CDU/CSU)	24	Zander (SPD)	3, 4

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . . .	9
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit.	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie . .	15

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

1. Abgeordneter
Müntefering
(SPD) Welche Ergebnisse und insbesondere welche finanziellen Aufwendungen für den Bund haben die Verhandlungen über die Erneuerung des Besetzungsrechts an 133 Wohnungen in Hamburg ergeben?

2. Abgeordneter
Müntefering
(SPD) Welche Ergebnisse haben die Verhandlungen über den Ankauf einer zehnjährigen Belegungsbindung an vier Neubau-Wohnungen in Starnberg ergeben, die zur Deckung des dringenden Wohnungsbedarfs der Bundeswehr in Feldafing dienen?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

3. Abgeordneter
Zander
(SPD) Welche Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Frauenpolitik sind auf das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (früher Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit) aus anderen Bundesressorts übertragen worden?

4. Abgeordneter
Zander
(SPD) Welche Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Frauenpolitik hat das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung
und Wissenschaft**

5. Abgeordneter
Dr. Schierholz
(DIE GRÜNEN) Wann gedenkt „Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft“ sich auf Briefpapier und in Publikationen in die „Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft“ umzubenennen?

6. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU) Wie viele Jugendliche sind durch das Benachteiligtenprogramm des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft bisher gefördert worden, und wie viele sollen im kommenden Ausbildungsjahr gefördert werden?

7. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß die Förderung benachteiligter Jugendlicher auch dann erforderlich bleibt, wenn die Nachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen deutlich zurückgehen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

8. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung die Beratung und Beschlußfassung zur „Europäischen Akte“ am 17. September 1986 von der Tagesordnung der Kabinettsitzung wieder absetzen mußte, weil sie es versäumt hatte, mit den Ländern und innerhalb der Koalition rechtzeitig Koordinierungen vorzunehmen?
9. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bewußt, daß sie durch diese ihre Verzögerungen – die „Europäische Akte“ soll am 1. Januar 1987 in Kraft treten – die europäischen Einigungsbestrebungen erheblich belastet?
10. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung von dem Interview des Botschafters der Volksrepublik Polen in der Bundesrepublik Deutschland (Kölnische Rundschau vom 11. September 1986) Kenntnis genommen und die falsche Behauptung „In Polen gibt es keine deutsche Minderheit“ zurückgewiesen?
11. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß seit kurzem die deutschen Aussiedler aus Rumänien erst nach Zahlung einer hohen Summe aus der rumänischen Staatsangehörigkeit entlassen werden, und was gedenkt sie dagegen zu tun?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

12. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU)
- Wie viele Grenzverletzungen durch DDR-Organen an der innerdeutschen Grenze sind der Bundesregierung in den letzten fünf Jahren jeweils bekanntgeworden?
13. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU)
- Welcher Art waren bzw. sind diese Grenzverletzungen?
14. Abgeordneter
Dr. Voigt
(Northeim)
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Fälle von Grenzverletzungen hat es in den Jahren 1985 und 1986 bis jetzt gegeben?
15. Abgeordneter
Dr. Voigt
(Northeim)
(CDU/CSU)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Dunkelziffer nichtregistrierter Grenzverletzungen?
16. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU)
- Wie hat die Bundesregierung jeweils auf die Fälle von Grenzverletzungen reagiert?

17. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU) Ist es zu Festnahmen im Zusammenhang mit Grenzverletzungen gekommen?
18. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Wie viele Fälle innerhalb der letzten fünf Jahre sind der Bundesregierung bekannt, in denen DDR-Grenzorgane Personen festgenommen haben, die aus Unkenntnis oder Unachtsamkeit DDR-Gebiet betreten hatten?
19. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Nach welcher Zeit wurden diese Personen rücküberstellt, und wie oft wurden Haftstrafen ausgesprochen?
20. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(CDU/CSU) Bei welchen Grenzverletzungen waren Angehörige der sowjetischen Streitkräfte beteiligt?
21. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(CDU/CSU) Wie lauten die entsprechenden Feststellungen an der innerstädtischen Sektorengrenze in Berlin?
22. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Ist die Bundesregierung dem von einem CDU-Abgeordneten geäußerten Verdacht, eine „Einflußnahme des Ostblocks“ sei „bei einem einzelnen Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion nicht auszuschließen“ (mein Schreiben an das Bundesministerium des Innern vom 19. März 1986) nachgegangen, und wird die Bundesregierung die mir vom Parlamentarischen Staatssekretär Spranger am 2. April 1986 zugesagte „unverzügliche“ Bearbeitung dieser Angelegenheit noch vor dem Ende der Legislaturperiode abschließen?
23. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP) Welcher Prozentsatz abgelehnter Asylbewerber wird in den einzelnen Bundesländern weiter geduldet und nicht abgeschoben?
24. Abgeordnete
Frau
Männle
(CDU/CSU) Wie steht die Bundesregierung zu einer von Prof. Friauf vorgeschlagenen Präferenzregelung zugunsten von Frauen bei der Besetzung der inhalts- bzw. programmrelevanten Positionen in Presse und Rundfunk und einer Verbesserung der Beteiligung der Frauen in den Aufsichtsorganen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten durch eine Kooptationsregelung?
25. Abgeordneter
Lutz
(SPD) Wie rechtfertigt die Bundesregierung ihren Entschluß, arbeitslose Juristen im Rahmen einer AB-Maßnahme zur Abwicklung von Asylanträgen befristet einzustellen, obwohl diese Aufgabe offensichtlich dem Prinzip des AB-Gedankens, es

müsse sich dabei um zusätzliche Arbeiten handeln, ebenso widerspricht wie der in der Literatur vertretenen Auffassung, es müsse sich um Aufgaben handeln, „nicht um der Arbeit willen . . . , sondern in dem Bemühen, neue Arbeitsplätze für arbeitslose Arbeitnehmer zu schaffen“, um „ohnehin durchzuführende Arbeiten von der Förderung auszuschließen und damit insoweit eine Kostenverlagerung auf die Bundesanstalt für Arbeit zu vermeiden“?

26. Abgeordneter
Lutz
(SPD)

Wie garantiert die Bundesregierung, daß die Asylanträge von ABM-Kräften mit der notwendigen Sachkenntnis, Verantwortung und Verschwiegenheit behandelt werden, da es sich hierbei nicht um einfache Verwaltungsarbeiten, sondern um hoheitsrechtlich relevante Aufgaben handelt, zu deren Bearbeitung Juristen eingestellt werden müssen und bei denen insbesondere schwierige Probleme des Persönlichkeits- und Datenschutzes zu berücksichtigen sind und eine hervorragende Kenntnis der politischen Situation in den Heimatländern der Asylsuchenden unerlässlich ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

27. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die öffentlich-rechtlichen Banken und Sparkassen Klage darüber führen, daß sie bei Aktienemissionen von bundeseigenen Unternehmen, die zur Privatisierung anstehen, anteilmäßig wenig Aktien für ihre Kunden zugeteilt bekommen?

28. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD)

Wie gedenkt die Bundesregierung in Zukunft sicherzustellen, daß die öffentlich-rechtlichen Banken und Sparkassen, die den „kleinen Mann“ als Kunden haben, besser bei Aktienemissionen zu privatisierender Gesellschaften bedient werden und damit eine breite Streuung der Aktien erfolgt?

29. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß es bei den britischen und amerikanischen Militärdienststellen im Raum Mönchengladbach/Kreis Viersen Planungen gibt, wonach militärische Teilbereiche, soweit sie von Zivilangestellten erledigt werden (Transport- und Verwaltungsbereich, Kraftfahrzeug-Instandhaltung, Wäscherei), privatisiert werden sollen und die Aufgaben künftig durch Kontraktfirmen mit Teilzeitmitarbeitern erledigt werden sollen?

30. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)

Um wieviel Zivilpersonal, das dem Schutz des bundesdeutschen Tarifrechts untersteht, handelt es sich bei den oben genannten Planungen, und welche arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ge-

denkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu ergreifen, angesichts der ohnehin schon schwierigen Arbeitsmarktsituation im Grenzland?

31. Abgeordneter
Hansen
(Hamburg)
(SPD)
- Nach welchen Vorschriften fordern Zollbehörden in Hamburg für die Verbringung des von einer beispielhaften Bürgerinitiative im Ausland erworbenen und mit Spendenbeteiligung vieler Bürger restaurierten Segelschiffes „Rickmer Rickmers“ an einen Liegeplatz im Zollinland eine Einfuhrumsatzsteuer in Höhe von 560 000 DM?
32. Abgeordneter
Hansen
(Hamburg)
(SPD)
- Wurden dem Trägerverein von den zuständigen Behörden auch Möglichkeiten aufgezeigt, die zu einem Erlaß der Einfuhrumsatzsteuer führen können, und würde der Bundesminister der Finanzen einem Erlaß zustimmen?
33. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Trifft es zu, daß das europäische Jugendwerk Mannheim, das im März 1986 in Ludwigsburg ein Forum mit rechtsextremen Referenten veranstaltet hat, als gemeinnützig und als Einrichtung für überparteiliche politische Bildung anerkannt ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

34. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Folgen der von ihr geplanten Meisterprüfungsverordnung für das Straßenbauerhandwerk für die Beschäftigung der Betriebe des Garten-, Landschafts- und Sportplatzbaues, und sieht die Bundesregierung die Gefahr, daß diese Betriebe nach Erlaß der Verordnung bei öffentlichen Ausschreibungen ausgeschlossen werden könnten?
35. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, in der geplanten Meisterprüfungsverordnung für das Straßenbauerhandwerk sicherzustellen, daß Betriebe des Garten-, Landschafts- und Sportplatzbaues auch in Zukunft bei öffentlichen Aufträgen bei der Anlage von befestigten Wegen und Plätzen im landschaftsgärtnerisch geprägten Bereich, bei der Herstellung und Unterhaltung solcher Wege und Plätze in öffentlichen Parks sowie bei der Anlage von Sport- und Spielplätzen berücksichtigt werden könnten?
36. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Was ist der Inhalt des von Bundeskanzler Kohl vor dem Bundesverband der Freien Berufe am 15. September 1986 angesprochenen „umfangreichen“ Konzepts zum Thema Privatisierung, insbesondere mit Blick auf öffentliche Dienstleistungen, und welche öffentlichen Dienstleistungen sollen konkret privatisiert werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

37. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung das mangelnde Interesse an dem aus wahltaktischen Gründen in Niedersachsen eingeleiteten Großversuch „Grünbrache“, bei dem nach Ablauf der Antragsfrist von den bereitgestellten Finanzierungsmitteln in Höhe von 120 Millionen DM nur knapp 28 Millionen DM von den Landwirten in Anspruch genommen worden sind?
38. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung trotz dieses offensichtlichen Mißerfolges, sich für eine Fortsetzung dieser Maßnahmen sowie ihre Einführung auch in anderen Bundesländern einzusetzen, obwohl der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Gallus, bei seinen kürzlichen Gesprächen mit dem Bayerischen Bauernverband erklärt hat, daß Flächenstillegungen Vorrang vor der Grünbrache zu geben sei?
39. Abgeordneter
Funk
(CDU/CSU)
- Was wird die Bundesregierung zur Verbesserung und Stabilisierung der Rindfleischpreise unternehmen, um damit spezialisierten Rindfleischmästern aus ihrer schwierigen wirtschaftlichen Situation zu helfen?
40. Abgeordneter
von Hammerstein
(CDU/CSU)
- Schließt die Bundesregierung aus, daß die an dem Grünbrache-Versuchsprogramm teilnehmenden Getreideerzeuger im Falle produktionsbeschränkender Maßnahmen der EG, wie z. B. einer Quotierung der Getreideproduktion, gegenüber den übrigen Getreideerzeugern Nachteile erleiden?
41. Abgeordneter
von Hammerstein
(CDU/CSU)
- Wie gedenkt die Bundesregierung zu verhindern, daß nationale produktionsbeschränkende Maßnahmen, wie z. B. ein Grünbrache-Programm, innerhalb der EG zu Wettbewerbsverzerrungen führen?
42. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wie die zwölf Länder der Europäischen Gemeinschaft die Mitverantwortungsabgabe bei Getreide durchführen wollen?
43. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit sicherzustellen, daß die bestmögliche Lösung für die deutsche Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland angewandt wird?
44. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Hält die Bundesregierung es volkswirtschaftlich und agrarpolitisch für sinnvoll, daß mit Steuermitteln subventionierte Milch zuerst zu Butter

verarbeitet und anschließend jahrelang mit hohen Kosten in Kühlhäusern gelagert wird, um dann schließlich als unverkäufliche Ware an Kälber verfüttert zu werden?

45. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Wie hoch veranschlagt die Bundesregierung die Kosten dieser Umwandlung von Frischmilch zu „Kälberfutter“ pro Kilo Frischmilch?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

46. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, welchen Einfluß Arbeitsplatzbedingungen (z. B. Akkord- und Schichtarbeit, Monotonie) auf den Schmerzmittelgebrauch in der Bundesrepublik Deutschland haben, und hat die Bundesregierung Kenntnis von Berufsgruppen und bundesdeutschen Regionen, in denen ein besonders hoher Schmerzmittelgebrauch zu verzeichnen ist?
47. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD) Welche Maßnahmen sind von seiten der Bundesregierung aus dem erhöhten Titel im Haushalt des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung für die Betreuung krebskranker Kinder bisher gefördert worden, und welche Summe ist bisher insgesamt dafür aufgewendet worden, die Projekte zur Betreuung krebskranker Kinder bis zur Sicherung der Anschlußfinanzierung durch die Bundesländer sicherzustellen?
48. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD) Sind Presseberichte zutreffend, daß die ambulante Betreuung von krebskranken Kindern in Berlin eingestellt werden mußte, da die Finanzierung des notwendigen Personals durch Zuschüsse des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung zum 30. Juni 1986 eingestellt wurde, und warum hat die Bundesregierung nicht für eine weitere Finanzierung gesorgt?
49. Abgeordneter
Amling
(SPD) Können nach Auffassung der Bundesregierung aus der Kenntnis über unterschiedlich hohe spezifische Arbeitslosenquoten von Ledigen und Verheirateten oder von Katholiken, Protestanten und Konfessionslosen arbeitsmarktpolitische Konsequenzen abgeleitet werden, oder teilt die Bundesregierung meine Einschätzung, daß eine zahlenmäßige Erfassung der ledigen, verheirateten, katholischen, evangelischen Arbeitslosen lediglich den Zweck verfolgt, das Millionen-Heer der Arbeitslosen künstlich zu segmentieren und damit den gesellschaftspolitischen Skandal der Massenarbeitslosigkeit zu bagatellisieren?

50. Abgeordneter
Amling
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit ein Forschungsprojekt des Allensbacher Instituts für Demoskopie in jeder Weise unterstützen will, das nicht nur für die konkrete Arbeitsmarktpolitik so irrelevante Daten, wie oben genannt, ermitteln will, sondern dessen erklärtes Ziel es ist, das drohende Schwerpunktwahlkampfthema „Massenarbeitslosigkeit“ zu entschärfen?
51. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß sich an der Rechtswidrigkeit einer Abtreibung auch dann nichts ändert, wenn das Gesetz unter strengen Voraussetzungen der Indikation von einer Bestrafung absieht und daß deshalb nach der Reichsversicherungsordnung die Kostenerstattung bei Berufung auf eine Notlagenindikation unzulässig ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

52. Abgeordneter
Wilz
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung Pläne bekannt, nach denen Einheiten der Nationalen Volksarmee gezielt auf Sabotagehandlungen im Zonengrenzbereich vorbereitet werden?
53. Abgeordneter
Wilz
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung Pläne und Vorschriften bekannt, nach denen Spezialeinheiten der Nationalen Volksarmee im Grenzbereich auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland militärische Aufklärung betreiben oder andere Einsätze durchführen?
54. Abgeordnete
Frau
Krone-Appuhn
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die sogenannten Arbeitsbrigadisten für Nicaragua junge Deutsche sind, die als Kriegsdienstverweigerer anerkannt wurden, in Nicaragua jedoch keinerlei Skrupel haben, Waffen zu tragen, mit ihnen umzugehen, Schießübungen gegen die „Contras“ zu machen und im „Ernstfall“ die eigene Überlebenschance über die „innere Ablehnung“ des Waffengebrauchs zu setzen, und gedenkt die Bundesregierung sich die militärischen Erfahrungen dieser „Arbeitsbrigadisten“, die der Wehrüberwachung unterliegen, bei Rückkehr in unseren Staat durch Einberufung zum Wehrdienst zunutze zu machen?
55. Abgeordnete
Frau
Krone-Appuhn
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß Wehrpflichtige von den Kreiswehersatzämtern den Zeitpunkt ihrer voraussichtlichen Einberufung nicht mitgeteilt bekommen und deshalb von potentiellen Arbeitgebern nicht genommen werden, und was gedenkt die Bundesregierung im Interesse der Wehrpflichtigen zu ändern?

56. Abgeordneter
Verheugen
(SPD)
- Steht die Umsetzung des Ministerialrats Dr. R. S. innerhalb der Rechtsabteilung des Bundesministeriums der Verteidigung in einem Zusammenhang mit der im Deutschen Bundestag anhängigen Petition des Beamten?
57. Abgeordneter
Verheugen
(SPD)
- Betrachtet die Bundesregierung die jetzige Zuständigkeit des Ministerialrats Dr. S. für Seevölkerrecht/Seerecht als gleichwertig mit seiner früheren Zuständigkeit als Leiter des Völkerrechtsreferats des Bundesministeriums der Verteidigung?
58. Abgeordnete
Frau Dr. Lepsius
(SPD)
- Kann die Bundesregierung die Erklärung des Oberbefehlshabers der kanadischen Streitkräfte in Europa, Generalmajor John Sharpe, bestätigen, daß sich auf dem NATO-Flugplatz Söllingen keine atomaren Waffen befinden und daß weder die Kanadier noch die Amerikaner dort die Stationierung von Atomwaffen planen?
59. Abgeordnete
Frau Dr. Lepsius
(SPD)
- Dementiert die Bundesregierung für den NATO-Flugplatz Söllingen die Annahme des Forschungsinstituts für Friedenspolitik e. V., daß dort, wo die Lagerung von Nuklearwaffen vorbereitet ist, auch solche liegen?
60. Abgeordneter
Schulte (Menden)
(DIE GRÜNEN)
- Inwieweit kann die Bundesregierung die Pressemitteilung des „Hemeraner Stadtspiegels“ bestätigen, daß auf dem Truppenübungsgelände in Becke/Deilinghofen der Bau eines Militärflugplatzes geplant sei?
61. Abgeordneter
Schulte (Menden)
(DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Bauvorhaben sind in diesen oder anderen Zusammenhängen (z. B. Erweiterungsmaßnahmen) für dieses Übungsgelände der Bundeswehr in den nächsten Jahren vorgesehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

62. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß der in den letzten Jahren gestiegene Gebrauch von Schmerzmitteln u. a. zu chronischen, z. T. schweren Nierenschädigungen, geführt hat, und gedenkt die Bundesregierung, durch entsprechende Maßnahmen (wie Aufklärung der Bevölkerung, Unterstützung weiterführender arbeitsmedizinischer Feldstudien, Rezeptpflicht) zur Eindämmung des Schmerzmittelgebrauchs beizutragen?

63. Abgeordneter
**Dr. Meyer
zu Bentrup**
(CDU/CSU)
- Wie ist die Haltung der Bundesregierung zu Vorstellungen von EG-Behörden, in der Europäischen Gemeinschaft die Behandlung von Lebensmitteln mit ionisierenden Strahlen zum Zwecke der Haltbarmachung allgemein zuzulassen?
64. Abgeordneter
**Dr. Meyer
zu Bentrup**
(CDU/CSU)
- Wie ist die Haltung der Bundesregierung zur Forderung der Vereinigung Deutscher Reformhäuser, Einfuhrverbote für bestrahlte Lebensmittel und Lebensmittel mit bestrahlten Zutaten auszusprechen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

65. Abgeordneter
Kißlinger
(SPD)
- Besteht aus der Sicht der Bundesregierung die Möglichkeit zur Verbesserung der Anbindung des ostbayerischen Raumes an das Intercity-Netz der Deutschen Bundesbahn durch Ausdehnung der IC-Verbindungen bis nach Passau, oder ist es nicht zumindest möglich, die Linie Würzburg—Nürnberg — Regensburg — Landshut — München in die IC-Streckenführung miteinzubeziehen?
66. Abgeordneter
Dörflinger
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die in der schweizerischen Öffentlichkeit neuerdings wieder verstärkt diskutierten Pläne für den Ausbau des Hochrheins als Schifffahrtsstraße bis in den Raum Waldshut, dabei insbesondere das „generelle Projekt 1983“, das gegenüber von Waldshut umfangreiche Hafenanlagen vorsieht?
67. Abgeordneter
Dörflinger
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, daß es aus deutscher Sicht keinen Handlungsbedarf gibt und der Ausbau von Schiene und Straße für absehbare Zeit Vorrang hat?
68. Abgeordneter
Kohn
(FDP)
- Welche finanziellen Auswirkungen erwartet die Bundesregierung von der derzeit in Beratung befindlichen Überarbeitung der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung?
69. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)
- Sind der Bundesregierung Klagen von Anwohnern von Rangierbahnhöfen der Deutschen Bundesbahn über unzumutbare Lärmbelästigung – auch nach 22 Uhr – bekannt, und wie beurteilt sie unbefriedigende Stellungnahmen des Bundesbahnvorstandes zur Minderung von Geräuschmissionen?
70. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß § 41 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes nach wie vor für die Deutsche Bundesbahn Rechtsgültigkeit hat, und warum ist die in § 43 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes vorgesehene Rechtsverordnung durch die Bundesregierung noch immer nicht ergangen?

71. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Überstunden vom Personal im Betriebsdienst der Deutschen Bundesbahn vom Jahr 1982 bis jetzt ohne Ausgleich geleistet wurden und wie hoch die Urlaubsrückstände sind?
72. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD) Wie viele Bedienstete der Deutschen Bundesbahn konnten wegen dienstlicher Beanspruchung in diesem Jahr nicht an den vorgeschriebenen Fortbildungsmaßnahmen teilnehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

73. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen zur ökologischen Umweltbeobachtung werden von der Bundesregierung gefördert bzw. initiiert?
74. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die Gefahr von Unfallfolgen beim Betrieb von Kernkraftanlagen noch weiter zu reduzieren, indem sie dafür Sorge trägt, daß das bestehende „Restrisiko“ durch den Einbau von gefilterten Überdruckventilen des containment abgebaut wird?
75. Abgeordneter
Schreiner
(SPD) Wie bewertet die Bundesregierung die mangelhafte und verspätete Information der zuständigen deutschen Behörden über den jüngsten Störfall im Kernkraftwerk Cattenom (Wassereintritt) durch die französischen Dienststellen, und wie beurteilt sie vor diesem Hintergrund die Forderung nach einem Fernüberwachungssystem, das bei Störfällen eine unmittelbare Unterbringung der deutschen Behörden gewährleisten soll?
76. Abgeordneter
Schreiner
(SPD) Welche Initiativen hat die Bundesregierung ergriffen, um zu erreichen, daß der jüngste Störfall in der Atomzentrale Cattenom von unabhängigen Experten auch unter dem Gesichtspunkt untersucht wird, welche Auswirkungen möglich gewesen wären, wenn das Atomkraftwerk sich bereits in Betrieb befunden hätte?
77. Abgeordneter
Mann
(DIE GRÜNEN) Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Deutschen Bischofskonferenz bzw. ihres Vorsitzenden, Kardinal Höffner, die Frage nach dem derzeit nicht auszuschließenden Restrisiko der Kernenergie habe, da es nicht eingrenzbare und der Ernstfall eine Katastrophe bedeuten würde, eine moralisch-ethische Qualität und die Atomenergie sei die „allergefährlichste“ Energiequelle?

78. Abgeordneter
Mann
(DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die am 17. September 1986 vom bayerischen Ministerpräsidenten Strauß in Freising geäußerte Auffassung, ein Ausstieg aus der Atomenergie bedeute einen Rückschritt ins 19. Jahrhundert und seine Lebensverhältnisse?
79. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Ist die Bundesregierung auch noch vor einer bundeseinheitlichen Gesetzgebung bestrebt, mit den Ländern zu einheitlichen Bewertungen der Strahlenbelastung von Pilzen zu kommen, und wird sie auch im Rahmen des beabsichtigten Rahmengesetzgebungsverfahrens dafür eintreten, daß gerade bei der Bewertung von Nahrungsmitteln sehr gebietsbezogene ortsnahe Meßergebnisse zur Beratung der Bürger erzielt werden?
80. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Kann die Bundesregierung darlegen, wie bei der Abwicklung von Vorhaben nach dem „Rhein-Bodensee-Programm – Programm für Zukunftsinvestitionen“ jeweils in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Baden-Württemberg und Bayern in den Fällen verfahren worden ist, bei denen ein Vorhaben einerseits mit regulären Landesfördermitteln nach den jeweiligen Richtlinien zum Bau von Abwasseranlagen gefördert wurde und daselbe Projekt andererseits auch mit Mitteln aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm gefördert werden sollte, hatten dann die Bundesländer besondere ZIP-Programm-Mittel zu erbringen, so daß eine höhere Gesamtförderung entstand?
81. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Konnten sie einen Teil der Beträge, die sie ohnehin aus Landesmitteln zu erbringen hatten, beim Bund als ZIP-Mittel deklarieren und ihre Landesanteile um den Bundesanteil aus dem ZIP-Programm kürzen, so daß sich keine höhere Gesamtförderung ergab?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

82. Abgeordneter
Rusche
(DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung den Übergang in die Stufe 2 und die damit verbundenen Gebührenerhöhungen bei Btx für zumutbar, obwohl bis zum 30. Juni 1986 lediglich 3867 Anbieter und 43 594 Teilnehmer angeschlossen waren?
83. Abgeordneter
Paterna
(SPD)
- In welchen Zeitschriften wurde die viele Seiten umfassende Werbung „Bundespost, das größte deutsche Unternehmen auf dem Prüfstand . . .“ in den Sommermonaten eingehftet, und welche Kosten hat diese Werbeaktion insgesamt verursacht?

84. Abgeordneter
Paterna
(SPD) Welches Konzept lag dieser gebündelten Werbung für verschiedenartigste Dienstzweige zugrunde, und welche Erfolgskontrolle gibt es für diese Sondermaßnahme?
85. Abgeordneter
Kißlinger
(SPD) Wie erklärt die Bundesregierung die Klagen der Fremdenverkehrswirtschaft des Raumes Ostbayern über die lange Zustelldauer von Drucksachen, die über die Deutsche Bundespost versandt werden, und wie gedenkt die Bundesregierung diesen Mißstand zu beheben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

86. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Wie haben sich die Vorstellungen der Bundesregierung über eine Großforschungseinrichtung für marine Geowissenschaften in den vergangenen Monaten entwickelt angesichts der dramatischen Situation in Schiffbau, Schifffahrt und „maritimer Verbundwirtschaft“?
87. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Initiativen von Magistrat der Stadt Kiel, Industrie- und Handelskammer Kiel, Universität Kiel und schleswig-holsteinischer Landesregierung für das „Geomar-Institut“, und wann wird die Bundesregierung eine Standortentscheidung treffen?
88. Abgeordneter
Pauli
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, zur Verbesserung der Therapiekonzepte und Grundlagenforschung bei den Krankheiten Neurodermitis und Psoriasis eine Konzeption zu erstellen, in der bzw. zu der alle dermatologischen Universitätskliniken unter Federführung der Dermatologischen Gesellschaft entsprechende Vorschläge abzugeben haben, und hat die Bundesregierung gegebenenfalls bereits entsprechende Schritte in diese Richtung unternommen?
89. Abgeordneter
Pauli
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, auf Grundlage der eingegangenen Vorschläge nach sachdienlicher Prüfung auch durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft entsprechende Forschungsaufträge, die eine angemessene personelle und apparative Ausstattung der Forschungsinstitute garantieren, zu erteilen?

Bonn, den 19. September 1986

